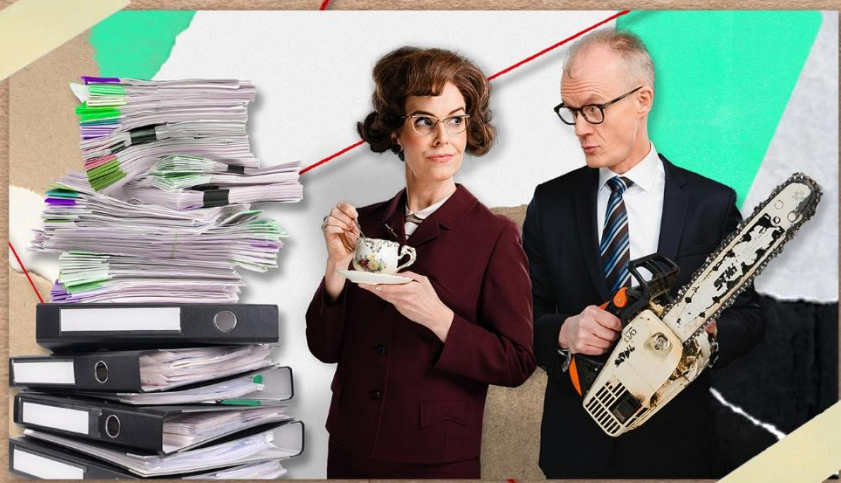


~~TOP SECRET~~

Public

DIE ANSTALT

Faktencheck!



„Die Bürokratie-Anstalt“
vom 11. März 2025.

Mit Maike Kühl,
Max Uthoff,
Abdul Kader Chahin und
Friedemann Weise

Die Anstalt – Der Faktencheck zur Sendung vom 11. März 2025

(Stand: 20.03.25 10:30)

„GERMAN HORROR STORY / THE BESCHEINING“	3
„Solo Abdul Kader Chahin“	8
„Am Schredder“	11
„Lieferkettengesetz“	16
„Merz Rede“	19
Impressum	24

Stimmt das denn wirklich, was diese großenwahnsinnigen Besetzer da in der Anstalt verzapfen? Das fragen immer wieder viele verunsicherte Zuschauer. Müssen wir womöglich unser Weltbild nachbessern – und wie sollen wir uns das eigentlich leisten? Die Anstaltsleitung teilt Ihnen mit: Zur Beruhigung besteht keinerlei Anlass, es ist alles genau so gemeint, wie es nicht gesagt wurde. Wenn Sie das nicht glauben können, überzeugen Sie sich selbst bei folgenden anderen Quellen, von denen wir uns alle gleichermaßen distanzieren. Wir sind ja schließlich nicht wahnsinnig...

„GERMAN HORROR STORY / THE BESCHEINING“

Ich hab Pause. Arbeitszeitgesetz Paragraph 4, dufte Sache!

Die Arbeit ist durch im voraus feststehende Ruhepausen von mindestens 30 Minuten bei einer Arbeitszeit von mehr als sechs bis zu neun Stunden und 45 Minuten bei einer Arbeitszeit von mehr als neun Stunden insgesamt zu unterbrechen. Die Ruhepausen nach Satz 1 können in Zeitabschnitte von jeweils mindestens 15 Minuten aufgeteilt werden. Länger als sechs Stunden hintereinander dürfen Arbeitnehmer nicht ohne Ruhepause beschäftigt werden.

Link: [Bundesministerium der Justiz](#)

Wer es mit den Omas gegen Rechts aufnimmt (...)

Die Union legt sich mit der demokratischen Zivilgesellschaft an. Die Omas gegen Rechts und andere Vereine sind entsetzt.

Link: [Taz](#)

Link: [Kleine Anfrage](#)

In seiner Wahlkampfabschlussrede greift Friedrich Merz Demonstrant:innen an, die gegen den Rechtsruck im Land protestieren. Dazu gehören auch die Omas gegen Rechts.

Link: [Merz Wahlkampfabschlussrede](#)

Link: [Tagesschau](#)

Sie sind also das Bürokratiemonster?

Diejenigen, die Bürokratieabbau fordern, bauschen die Bürokratie zum Monster auf. Das, was sie dann abbauen wollen, sind meistens Hindernisse für das freie Schalten und Walten von Unternehmen. Diese Hindernisse sind u. a. Regulierungen und Gesetze zum Schutz von Menschenrechten, Umweltschutz, aber auch ganz grundlegend die Rechtsstaatlichkeit.

Stigmawort Bürokratie

Gastbeitrag Von Pascale Cancik 22.11.2024

Link: [FAZ](#)

Link: [Bürokratiemonster](#)

Oder wie Max Weber mich fast schon anzüglich genannt hat: Die idealtypische Form einer legalen und rationalen Herrschaft.

Herrschaft „mittels bürokratischen Verwaltungsstabes“, so lautet seine Grundthese, ist „der reinste Typus der legalen“ Herrschaft Zur Auflösung der Fußnote[17] — und das ist für ihn identisch mit „rationaler Zur Auflösung der Fußnote[18] Herrschaft“. Rationalität ist danach eine Eigenschaft der Herrschaft: ohne Herrschaft keine Rationalität.

Rationalisierung -Bürokratisierung -Gesellschaftlicher Fortschritt? Zwischenbilanz zur „Dialektik der Aufklärung“

Rolf-Richard Grauhan

Link: [Bundeszentrale für politische Bildung](#)

Max Weber: Die drei reinen Typen der legitimen Herrschaft

Link: [Weber Typen der Herrschaft](#)

Ohne Schutzkleidung nach Norm EN ISO 11393-2?

Link: [SIP Protection](#)

Alle wollten sie mir an den Kragen. Demokraten, Nazis, Kommunisten, so viele.

Die nationalsozialistische „Bewegung“ gerierte sich ausdrücklich als „antibürokratisch“. Ressentiments wurden genutzt, um Institutionen des verhassten bürgerlich-liberalen Rechtsstaates abzuschaffen. [...]

Deutschen Demokratischen Republik. Sie positionierte sich aber nicht nur gegen Faschismus und Nationalsozialismus, sondern stilisierte sich als sozialistische Alternative zu bürgerlichem „Bürokratismus“ und „Formalismus“.

Die CDU unter Generalsekretär Heiner Geißler entdeckte das parteipolitische Potential dieser Begrifflichkeit für den Kampf gegen tatsächliche oder vermeintliche Fesseln, die der Gesellschaft durch sozialdemokratische Reformen und steigende Staatsausgaben angelegt wurden. In Verengung des früheren Kritikpotentials wurde Bürokratie nun zusehends mit wirtschaftsbezogener Regulierung gleichgesetzt.

Recht geriet, mehr oder weniger sichtbar, in das Zentrum der Debatte, Überregulierung lautete das Schlagwort. Entbürokratisierung wurde nun zur Devise des „schlanken Staates“, der auf Privatisierung und Deregulierung setzte. Begriffliche Klärungsversuche von wissenschaftlicher Seite, die sich gegen die verunklarende Bürokratierhetorik richteten, blieben erfolglos. Vielmehr übernahmen alle Parteien nach und nach neu-alte Bürokratiendiagnosen, markierten damit aber unterschiedliche Probleme.

Stigmawort Bürokratie

Gastbeitrag Von Pascale Cancik 22.11.2024

Link: [FAZ](#)

Jetzt brechen neue Zeiten an, wir von der CDU sagen: Schluss mit der Bürokratie!

[...] Neue Zeiten? Das war doch schon 1948 ein Hit.

CDU heute

Link: [Merz CDU](#)

Link: [CDU/CSU](#)

CDU Plakat 1948 -- "Schluss mit Bürokratie"

Link: [Docupedia](#)

Kanzlerzähne. Hat sich Helmut Kohl an mir ausgebissen.

Am 13. Oktober **1982** verkündete Helmut Kohl in seiner ersten Regierungserklärung zum Thema Staatsmodernisierung:

„Wir wollen den Staat auf seine ursprünglichen und wirklichen Aufgaben zurückführen, zugleich aber dafür sorgen, daß er diese zuverlässig erfüllen kann“.

Dann wurde erst einmal eine Kommission eingesetzt, die „Unabhängige Kommission für Rechts- und Verwaltungsvereinfachung des Bundes“. Diese Kommission tagte oft und gern und veröffentlichte über zehn Jahre lang viele tausend Seiten von „Zwischenbilanzen“, „Empfehlungen“, „Vorschlägen“ und „Abschlußberichten“. Aber weil sich die Verwaltung schon immer durch große Reformresistenz ausgezeichnet hat und diese mit jedem neuen Modernisierungsschub weiter perfektioniert: Sie wollte sich partout nicht ändern. Der große Papierangriff verpuffte.

Zwölf Jahre später, als es mit dem Modell „Schlanker Staat“ - wieder einmal - ernst werden sollte, lautete das Credo Helmut Kohls in seiner Regierungserklärung vom 23. November **1994**: *„Die notwendige Rückführung des Staates auf seine originären Aufgaben bedeutet keine Schwächung, sondern in Wahrheit seine Stärkung; denn diese Politik versetzt unseren Staat in die Lage, jene Aufgaben wirksam zu erfüllen, die nur er wahrnehmen kann“.*

Und dann wurde wieder eine Kommission ins Leben gerufen: der Sachverständigenrat „Schlanker Staat“; ein Gremium von „verwaltungsfernen Experten“, das die Bundesregierung am 18. Juli **1995** einsetzte.

Link: [Friedrich Ebert Stiftung](#)

Link: [Spiegel](#)

Ein Bürokratieentlastungsgesetz! (...) Davon hatten wir in den letzten 10 Jahren schon vier. Trotzdem ist die Zahl der Normen um rund 20% gestiegen.

2015 waren 44.522 Einzelnormen in Gesetzen auf Bundesebene in Kraft. Zehn Jahre später, Anfang des Jahres 2024, waren es 52.468 Einzelnormen. Ein Anstieg von knapp 20 Prozent.

Link: [Wirtschaftliche Freiheit](#)

Link: [Bund der deutschen Steuerzahler](#)

Bundesrechtliche Gesetze - darin enthaltene Einzelnormen von 2014 bis 2024 --> 17,96%

Bundesrechtliche Verordnungen darin Einzelnormen --> 15,92%

Ein Sprecher des Bundesjustizministeriums wies darauf hin, dass die Anzahl an Gesetzen nicht mit der Bürokratielast gleichgesetzt werden könne. Schließlich brauche man ja auch ein Gesetz, um Bürokratie abzubauen. Auch löse nicht jede Einzelnorm oder jedes Gesetz bürokratische Kosten aus.

Link: [Tagesschau](#)

Bürokratieentlastungsgesetze I_IV

Link: [Bundestag](#)

Link: [Bundesministerium für Justiz](#)

Link: [Bundesministerium für Wirtschaft und Klima](#)

Link: [Bundesministerium für Wirtschaft und Klima](#)

Weil ich zu wenig Personal habe für all die neuen Aufgaben, die die Politik mir zuschanzt.

Dem Staat fehlen über 570.000 Mitarbeitende

Dem Staat fehlen nach aktueller Einschätzung des dbb beamtenbund und tarifunion

über 570.000* Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Nicht nur wegen ständiger Aufgabenzuwächse (Ganztagsbetreuung, Grundsteuer, Zeitenwende, Digitalisierung der Verwaltung, Kindergrundsicherung, etc.) sowie neuer Herausforderungen in den

Bereichen Bildung, Flucht, Zuwanderung oder innere Sicherheit brauchen vor allem Länder und Kommunen zusätzliches Personal, damit sie ihre Aufgaben erfüllen können. Auch wenn die absolute Beschäftigtenzahl im öffentlichen Dienst seit einigen Jahren wieder leicht ansteigt (aktuell: 5,26 Millionen), spitzt sich der Personalmangel deshalb weiter zu.

Link: [Deutscher Beamtenbund](#)

Link: [Öffentlicher Dienst](#)

Warnung aus dem Städte- und Gemeindebund: Durch den Personalmangel könnte der öffentlichen Verwaltung der "schleichende Blackout" drohen, so der Geschäftsführer Berghegger. Rund 230.000 Kräfte würden bis 2030 fehlen.

Der Städte- und Gemeindebund schlägt Alarm: "Der Personalmangel wird die Arbeit des öffentlichen Dienstes und vor allem der Kommunen massiv beeinträchtigen und kann die Daseinsvorsorge an den Rand des Zusammenbruchs bringen", sagte Hauptgeschäftsführer Andre Berghegger den Zeitungen der Funke Mediengruppe.

Link: [Tagesschau](#)

One in, two out bedeutet: Für jede neue bürokratische Regelung werfen wir zwei alte raus. [...] Viel Glück! Die letzten zwei Regierungen sind ja schon an „one in, one out“ gescheitert.

Die CDU/CSU-Fraktion fordert die Bundesregierung zu einem umfassenden Abbau von Bürokratie auf. „Überbordende Bürokratie, Regelungssucht und mangelnde Flexibilität gefährden nicht nur den Wirtschafts- und Innovationsstandort Deutschland, sondern auch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Handlungs- und Leistungsfähigkeit unseres Staates“, heißt es als Begründung in einem Antrag der Fraktion ([20/8856](#)) [...]

Zudem fordert die Fraktion, die „One in, one out“-Regelung zu einer „One in, two out“-Regelung zu modifizieren,

Link: [Deutscher Bundestag](#)

Was ist die Bürokratiebremse?

Die Bürokratiebremse für die Wirtschaft ist am 1. Januar 2015 in Kraft getreten. Ziel ist es, den Anstieg von Belastungen für die Wirtschaft dauerhaft zu begrenzen.

Die sogenannte "One in, one out"-Regel gilt grundsätzlich für alle Regelungsvorhaben der Bundesregierung, die sich auf den laufenden Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft auswirken. Dabei soll jedes Bundesministerium im gleichen Maße, in dem es durch neue Regelungen Belastungen für die Wirtschaft aufbaut, an anderer Stelle Belastungen

abbauen. Im Regelfall sollen Entlastungsmaßnahmen binnen eines Jahres vorgelegt werden.

Link: [Bundesregierung](#)

"One in, one out": So nennt sich diese Regel, die auch Eingang in die Politik gefunden hat. Hier soll sie vor immer mehr bürokratischem Chaos bewahren.

Die Anregung, diese Regel in Deutschland einzuführen, kam insbesondere vom Normenkontrollrat, einem unabhängigen Gremium, das die Bundesregierung in Sachen Bürokratieabbau berät. Eingeführt wurde sie 2015 von der damaligen Großen Koalition. Die Regel sieht vor, dass jede gesetzliche Maßnahme, die die Wirtschaft belastet, an anderer Stelle ausgeglichen werden muss.

Konkret bedeutet das: Ministerien, die Gesetzesvorhaben auf den Weg bringen, schätzen die Kosten, die mit neuen Gesetzen verbunden sind - das ist der sogenannte "Erfüllungsaufwand". Diese Kosten werden dann verglichen mit Entlastungen an anderer Stelle, durch den Wegfall von staatlichen Vorgaben.

Bis 2020 war die Bilanz der Regel aus Sicht des Normenkontrollrates einigermaßen befriedigend: Die Entlastungen waren zunächst sogar höher als die zusätzlichen Lasten. Das hat sich geändert - zum Ende der Amtszeit der Großen Koalition und dann noch einmal verstärkt mit dem Amtsantritt der Ampelkoalition. In Zahlen: Den Belastungen in Höhe von rund 530 Millionen Euro im Zeitraum 2021/22 standen lediglich Entlastungen von rund 125 Millionen Euro gegenüber

Link: [Tagesschau](#)

„Solo Abdul Kader Chahin“

Zur Situation von Palästinenser:innen in Deutschland

Für Palästinenser*innen aus dem Libanon setzte sich in Deutschland die Fluchterfahrung fort. Meist erfuhren sie sogenannte Kettenduldungen, da Deutschland sie nicht als politische Flüchtlinge anerkannte und der Libanon sich aufgrund ihrer offiziellen Staatenlosigkeit nicht als verpflichtet sah, sie zurückzunehmen. Über Jahre hinweg wurde die Duldung, d.h. die Aufschiebung der Abschiebung, immer wieder erneuert; die Betroffenen durch den Duldungsstatus weitgehend isoliert. Viele lebten jahrelang mit gepackten Koffern in ihrer Wohnung; zu jedem gegebenen Zeitpunkt hätte man sie zwingen können, Deutschland zu verlassen.

Link: [Böll Stiftung Palästinenser:innen in Deutschland](#)

Dann gibt's Bezahlscheine, die Vorgänger der Bezahlkarte, solche Dinger... Mit denen konntest du nur EINMAL in Monat und nur in EINEM bestimmten Supermarkt einkaufen

Abdul Kader Chahin:

Bezahlscheine: Unsere Bezahlscheine waren für Aldi Nord zugewiesen und ganz blau. Dazu gab es dann einen gelben Taxischein und kein Guthaben, was man mitnehmen konnte. Meistens hat man an der Kasse noch Artikel zurückgegeben, weil der Schein das nicht decken konnte. Zigaretten und andere Genussmittel durften und konnten mit dem Schein auch nicht gezahlt werden. Abgelöst wurde der Bezahlschein durch die Gelder, die ca. ab 2002 durch das Sozialamt gekommen sind. Duisburg Mitte war der Ort.

Auf meinem Ausweis stand jahrelang XXA. (...) heißt aber staatenlos. Die Staatenlosigkeit habe ich von meinen Eltern geerbt.

Mindestens etwa fünf Millionen Palästinenserinnen und Palästinenser, nämlich die palästinensischen Flüchtlinge, die in arabischen Staaten leben, sind staatenlos, da sie weder als Staatsbürger Palästinas registriert, noch Staatsbürger ihrer Aufenthaltsländer sind. Weitere 1,4 Millionen⁴ Menschen, die in den Autonomiegebieten leben, gelten zumindest in den Staaten der Welt, die Palästina nicht als Staat anerkennen, als staatenlos (s.u.).

Link: [Bundestag Wissenschaftlicher Dienst](#)

Staatenlose und Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit "vererben" ihre Staatenlosigkeit an ihre Kinder. Wer in Deutschland geboren wird, hat nicht automatisch ein Anrecht auf die deutsche Staatsangehörigkeit – im Gegensatz etwa zu den USA.

Link: [Mediendienst Integration Vererben der Staatenlosigkeit](#)

Deutschland erkennt Palästina aber nicht als Staat an.

Deutschland erkennt Palästina bislang nicht als Staat an und hat das auch erst einmal nicht vor.

Link: [ZDF Nachrichten](#)

Aber dafür gibt's ja Kindergeld. Nicht für uns

Kindergeld gibt es für anerkannte Flüchtlinge. Aber viele Palästinenser:innen aus Libanon wurden nicht als politische Flüchtlinge anerkannt (siehe oben).

“Asylbewerberinnen und Asylbewerber haben während des laufenden Asylverfahrens grundsätzlich keinen Anspruch auf Kindergeld.”

Link: [Arbeitsagentur Kindergeld](#)

Ach, du hast Kinder? Ja, die dürfen zur Schule, müssen aber nicht.

Zur Gruppe der Kinder und Jugendlichen, die in mehreren Bundesländern nicht schulpflichtig waren, zählten diejenigen, die sich noch im Asylverfahren befanden, als sog. ›(Bürger-)Kriegsflüchtlinge‹ oder aus anderen Gründen geduldet wurden.

Die Forschungen aus 1990er Jahren zeigen auf, dass bei den Schulpflichtregelungen in den Bundesländern in Bezug auf einen ungesicherten Aufenthaltsstatus drei Gruppen gebildet wurden: sog. ›(Bürger-)Kriegsflüchtlinge‹, Asylsuchende und Geduldete. Diese waren in unterschiedlichem Maße in die Schulpflicht ein-, bzw. von dieser ausgeschlossen (für eine auf Basis von Neumann und Reuter 1997 erstellte Übersicht s. Anhang II, Tabelle 1A). Nur Schleswig-Holstein sah für alle drei Gruppen eine Schulpflicht ohne Einschränkung vor. Sieben andere Bundesländer, darunter Bremen, schlossen nur die sog. ›Kriegsflüchtlinge‹ von Beginn an in die Schulpflicht ein. In sechs Bundesländern waren alle drei Gruppen grundsätzlich von der Schulpflicht ausgeschlossen. Einige davon etablierten zumindest ein Schulbesuchsrecht, wonach ein Schulbesuch auf den elterlichen Wunsch hin ermöglicht werden sollte. Hartmann-Kurz (1997) wies jedoch darauf hin, dass Eltern in ›Sammellagern‹ keine Kenntnis über diese Beschulungsmöglichkeit erlangten oder aber ihr Schulbesuchswunsch durch das Schulamt oder die Schulen selbst abgelehnt wurde (ebd., S. 73).

(...) . Wenn auch einige Bundesländer die Schulpflichtregelungen in den Folgejahren modifizierten, so gibt es nach wie vor keine einheitliche Regelung, wie sie von der SIIVE gefordert wurde. Wie in Kapitel I.3.4.2 aufgezeigt wird, bestehen direkt oder indirekt formale Schulpflichtausschlüsse in Bezug auf den aufenthaltsrechtlichen Status in zahlreichen Bundesländern weiterhin fort.

Aus: B. Johanna Funck, Migration und Recht auf Bildung. Die Rolle des Aufenthaltsstaus beim Zugang zum Schulsystem, transcript 2024.

Kapitel 1: Die ungleiche Umsetzung des Rechts auf Bildung im Kontext von Migration, S. 47

Siehe dazu auch:

Schulpflicht für Asylbewerber

Der Landtag Nordrhein-Westfalen hat mit seinem fraktionsübergreifenden Antrag "Integrationsoffensive Nordrhein-Westfalen" vom 19.06.2001 (LT-Drs. 13/1345) die Fortentwicklung des Schurechts für Kinder von Asylbewerbern und Flüchtlingen zu einer

"echten Schulpflicht" gefordert. Nur so könne gewährleistet werden, daß während der laufenden Asylverfahren alle Kinder tatsächlich eine Schule besuchen.

Link: [Kommunen NRW Schulpflicht für Asylbewerber](#)

Link: [Flüchtlingsrat Brandenburg Schulpflicht und Schulrecht](#)

„Am Schredder“

Und damit schreddern sie jetzt ihr Wahlversprechen?

Ich erlöse das Land von der Schuldenbremse in nur einer Woche, das haben die Versager der Ampel in drei Jahren nicht geschafft.

“Die Schuldenbremse auflösen als Notlösung für den Intensivpatienten Deutsche Wirtschaft? „Die Antwort ist sehr klar und sehr eindeutig: Nein!“, stellt Merz unmissverständlich fest (...) Für ihn steht fest: „Bevor wir nicht auf der Ausgabenseite durchgreifend korrigiert haben, wird es eine Änderung der Schuldenbremse ganz sicher nicht geben.“ Eine solide Finanzpolitik ist der Schlüssel zu langfristigem wirtschaftlichem Erfolg.

Link: [CDU](#)

“Im Statement von Merz fielen Wörter wie "erwachsen werden". Europa müsse "erwachsen werden", für Verteidigung endlich ausreichend Geld ausgeben, sich vom mächtigen Vater USA abnabeln. Während die SPD mit dem Vorschlag weniger Probleme hatte, mussten die Sondierer der Union nun auch beim Thema Schuldenmachen "erwachsen werden" und mit den Konsequenzen leben. Intern müssen sie bei CDU und CSU ihre enorme finanzpolitische Kehrtwende erklären - und Kritik aushalten.”

Link: [Tagesschau](#)

(...) Aber weil sie das verhindert haben. Aber das war doch ihr Werk?

“Nach dem Haushaltsurteil des Verfassungsgerichts muss die Ampelkoalition ihre Pläne für 2023 und 2024 überdenken. Sollte die Bundesregierung auch im kommenden Jahr die Schuldenbremse aussetzen, droht CDU-Chef Friedrich Merz mit einer erneuten Klage vor dem Bundesverfassungsgericht. "Wenn die Bundesregierung der Meinung ist, dass sie auch für 2024 eine außergewöhnliche Notlage feststellen lassen sollte, dann sehe ich dies nicht als verfassungskonform an, jedenfalls aus heutiger Sicht", sagte Merz. Dann werde die Union dagegen gegebenenfalls wieder vorgehen.”

Link: [Tagesschau](#)

Link: [CDU](#)

Link: [Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung](#)

Man muss Kanzler und Werk voneinander trennen. Von 0 Euro auf 1000 Milliarden Schulden in sieben Tagen

Link: [Tagesschau](#)

Link: [Deutschlandfunk](#)

Link: [Europäische Sicherheit & Technik](#)

Was bleibt denn noch übrig von ihrem Wahlprogramm? (...) Der Bürokratieabbau!

“Die Union steht für Bürokratieabbau und Planungsbeschleunigung. „Entrümpelungs“-Gesetze sollen Dokumentations- und Meldepflichten verringern. Eine Bürokratiebremse soll sicherstellen, dass eine neue Vorschrift nur bei Wegfall von zwei alten in Kraft tritt.”

Link: [CDU](#)

Als erste kümmern wir uns um eine ihrer schlimmsten Plagen. Die Bonpflicht.

“Das Sofortprogramm, das insgesamt 15 Punkte umfasst, sieht auch Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft und zur Stärkung der inneren Sicherheit vor (...) Die wichtigste Entscheidung sei dabei, "dieses Monstrum der überbordenden Bürokratie in Europa und im eigenen Land in den Griff" zu bekommen, fuhr Merz fort.”

Link: [ZDF](#)

“Wir starten den Bürokratie-Rückbau: weniger Betriebsbeauftragte, keine Bonpflicht mehr, weg mit der deutschen Lieferkettenregulierung und den Belastungen des Energieeffizienzgesetzes.”

Link: [CDU](#)

Und hat nicht Ihre Partei diese Bonpflicht nach mühsamem Kampf 2020 endlich eingeführt?

“Die Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich im Bundestag hinter eine Bonpflicht bei Einkäufen gestellt. "Wir können nicht sehenden Auges einfach akzeptieren, dass dem Staat Milliarden Steuereinnahmen verloren gehen", sagte Merkel bei der Regierungsbefragung.”

Link: [T-Online](#)

Merkel: Bonpflicht soll Steuerbetrug an der Ladenkasse bekämpfen

Link: [Bundestag](#)

Ohne konsequente Bonpflicht haben sie nach Schätzung der Steuergewerkschaft einen Schaden von mehr als 70 Milliarden Euro. Die fehlen in der Staats- und Sozialkasse

Schon mit der Bonpflicht wird der gesamtwirtschaftliche Schaden – durch Kassenbetrug – auf bis zu 70 Milliarden Euro geschätzt.

Link: [Süddeutsche Zeitung](#)

“Erste Effekte ließen sich da nach vier Jahren erkennen, sagt Florian Köbler. Er ist der Bundesvorsitzende der Deutschen Steuergewerkschaft: "Wir erleben, dass der Betrug ein Stückweit zurückgegangen ist, aber das Gesetz entfacht immer noch nicht die volle Wirkung." In der bargeldintensiven Branche erlebe man immer noch einen gigantischen Betrug. Schätzungen gingen davon aus, so Köbler, dass jährlich 15 Milliarden allein an Lohn- und Ertragssteuern hinterzogen würden. Die Folgewirkungen davon seien noch viel größer. "Das heißt, wenn Angestellte schwarz bezahlt werden, werden auch Lohnsteuer und Sozialabgaben hinterzogen, so dass wir von einem Gesamtbetrag von 70 Milliarden jährlich ausgehen."

Link: [Süddeutsche Zeitung](#)

Link: [Bundesrechnungshof](#)

Wo liegt also der Nutzen der Belegausgabepflicht? (...) "Durch die Belegausgabepflicht im Gesetz zum Schutz vor Manipulationen an digitalen Grundaufzeichnungen wurde Transparenz geschaffen. Transparenz ist ein general-präventiver Effekt, der geeignet ist, Steuerhinterziehungen zu verhindern."

Darüber hinaus sei gerade das Zusammenwirken beider Maßnahmen, der zertifizierten Sicherheitseinrichtung an der Kasse und der Belegpflicht, wichtig und notwendig. Denn ohne eine Belegausgabepflicht könne der Steuerpflichtige vor Eingabe des Betrages seinen Kunden fragen, ob dieser überhaupt einen Beleg wolle. Verneint dieser, könne der Steuerpflichtige den Umsatz an der Kasse vorbei tätigen. Somit würde gar keine Transaktion gestartet, die vom System folglich auch nicht festgehalten werden könne. "Ohne die Belegausgabepflicht würde der Finanzverwaltung ein wesentliches Mittel für einen effizienten Steuervollzug aus der Hand genommen", so eine Sprecherin.

Link: [Tagesschau](#)

Ach, was sind schon 70 Mrd. (...) So viel wie der Verteidigungsetat.

“Deutschland wird in diesem Jahr rund 72 Milliarden Euro für Verteidigung ausgeben. Davon entfallen 51,95 Milliarden Euro auf den regulären Verteidigungshaushalt und weitere rund 20 Milliarden Euro, die aus dem Sondervermögen für die Beschaffung von militärischer Ausrüstung ausgegeben werden sollen.”

Link: [Bundestag](#)

Aber das ist eine Einladung zum Steuerbetrug! In halb Europa gibt's eine Bonpflicht. Schon ewig.

“In Portugal gehörte er 2011 zu den Auflagen des Euro-Rettungsschirms. In Kroatien meldeten die Unternehmen den Finanzämtern nach Einführung der Kassenpflicht 2013 erstaunliche Umsatzsteigerungen. Pflicht ist der Bon auch in Österreich, Belgien, Frankreich und Tschechien. Und Italien wagt gerade den Einstieg in ein ganz neues Kassenbon-Zeitalter.”

Link: [Der Spiegel](#)

Frankreich hat 2023 die Bonpflicht für leine Beträge allerdings wieder abgeschafft

Link: [Frankfurter Rundschau](#)

Als nächstes ist das Energieeffizienzgesetz dran. (...)

Link: [ZDF](#)

Nein, das heißt, seine Beseitigung führt zu Energieverschwendung und somit zu Klimaerwärmung.

Link: [Frankfurter Rundschau](#)

Link: [Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz](#)

Als nächstes „Das Selbstbestimmungsgesetz“(...)

Link: [Die Welt](#)

Beim alten Transsexuellengesetz brauchte man eine Gerichtsentscheidung und zwei Gutachter, wenn man einen Geschlechtseintrag ändern wollte. Das Selbstbestimmungsgesetz hat das alles stark vereinfacht.

Das bisher geltende TSG setzte für die Änderung des Geschlechtseintrags die Einholung von zwei Sachverständigengutachten und eine gerichtliche Entscheidung voraus.

Link: [Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend](#)

Dafür schaffen wir das Bürgergeld ab, stattdessen gibt's eine Grundsicherung, nur für die, die es wirklich brauchen.

Link: [Frankfurter Rundschau](#)

Strengere Kontrollen bedeuten mehr Bürokratie. Sie müssen ja feststellen, wer wirklich bedürftig ist. Schon jetzt ist das ein Riesenaufwand!

Link: [Arbeitsagentur](#)

Das ist nur Paragraph 21 Absatz 7 Sozialgesetzbuch 2. Der Paragraph regelt den Mehrbedarf von Bürgergeldempfängern bei dezentraler Warmwasserversorgung.

Link: [Gesetze im Internet](#)

Link (Download): [Arbeitsagentur](#)

Link (Download): [Jobcenter](#)

Und man braucht eine Bescheinigung des Vermieters, die belegt, dass die Warmwasseraufbereitung in der Wohnung dezentral und nicht über die Zentralheizung erfolgt.

“Es bedarf eines **schriftlichen Antrags**, dem auch eine **Bescheinigung des Vermieters** beigelegt werden muss, die belegt, dass die Warmwasseraufbereitung in der Wohnung dezentral und nicht über die Zentralheizung erfolgt.”

Link: [Bürgergeld.org](#)

Wenn Sie ein Kind im Alter von 0–5 Jahren haben, erhalten Sie für das Kind (...) 2 Euro und 86 Cent (...) Zwischen 6 und 13 bekommt es dann 1,64€ mehr (...) Im Alter von 14 bis 18 Jahren erhält man 6,59€ (...) Dann gibt es noch die Klasse „Volljährig unter 25 Jahren“, wo Sie 10,37 € erhalten. Es sei denn, er ist ihr Partner, dann gibt's 11,46 €. “

Link (Download): [Jobcenter](#)

Link (Download): [Arbeitsagentur](#)

Wussten sie, dass 33% der Anspruchsberechtigten das Bürgergeld gar nicht abrufen?

“Würden alle Berechtigten ihren Anspruch geltend machen, wären die Bezugsquoten mindestens ein Drittel bis zu zwei Dritteln höher als beobachtet. Dies verdeutlicht die enorme Größenordnung und auch fiskalische Bedeutung der Nichtinanspruchnahme von Sozialleistungen.”

Link (Download): [Deutsches Jugendinstitut](#)

Aber die Verwaltungskosten für Bürgergeld betragen mehr als 7,5 Milliarden Euro.

Für „Verwaltungskosten für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende“ (SGB II – Hartz IV) wurden vom **Bund und den Kommunen** im Haushaltsjahr **2024 insgesamt 7,677 Milliarden Euro** (2023: 7,418 Milliarden Euro) ausgegeben,

Link: [Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe](#)

„Lieferkettengesetz“

Was wollen sie da vernichten? *liest* „Europäische Lieferkettenrichtlinie“. Die ist doch in Deutschland noch gar nicht umgesetzt. (...) Diese europäische Lieferketten-Richtlinie darf so nicht kommen!

Link: [Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung](#)

Weil wir ja schon ein deutsches Lieferkettengesetz haben? (...) Das ihre Partei einst selbst beschlossen hat?

Link: [Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung](#)

Tagesschau

Das sie allerdings im Juni im Parlament aufheben wollten. (...) Weil ja ohnehin bald eine europäische Lieferkettenrichtlinie komme. Die sie jetzt aber ebenfalls schreddern wollen...

Link: [ZDF](#) , [Bundestag](#)

Deswegen will die EU-Kommission die Richtlinie jetzt entschärfen.

Link: [Deutschland](#)

„Das muss nicht nur nicht geändert, das muss aufgehoben werden“

DIE ANSTALT

Link: [taz Youtube](#)

Nur 7% der Firmen sind laut einer repräsentativen Umfrage grundsätzlich gegen gesetzliche Sorgfaltspflichten.

Link: [Handelsblatt](#)

Hier habe ich mich schon mal warm geschreddert am Parteitag mit dem Schredder der INSM.

Link: [Initiative Soziale Marktwirtschaft](#)

D.h. sie wollen als CDU-Kanzler ein CSU-Gesetz schreddern, das ich einst von Gerd Müller bekommen habe, dem damaligen Entwicklungsminister.

Link: [Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit](#)

Nun, unsere Parteifreunde aus Bayern sind ja bisweilen etwas überambitioniert, was ihre „Entwicklung“ angeht. Ich möchte hier keine Namen nennen, Markus.

Link: [DUP-Magazin](#)

Haben sie sich mal überlegt, warum die so billig sind? (...) Wegen der Zustände auf den Plantagen in Ecuador.

Link: [Oxfam](#)

Ja, ich glaube, die hab ich schon mal gesehen, ich ernte ja bis zu 90 000 davon... am Tag.

Link: [Tagesspiegel](#)

Ihre Abnehmer Rewe, Lidl, Aldi, Edeka müssen die gesamte Lieferkette analysieren, künftig die Ergebnisse in Berichten dokumentieren und alles tun, um die Einhaltung ihrer Menschenrechte zu garantieren.

Link: [Oxfam, European Center for Constitutional and Human Right](#)

„Fortschrittsbericht von Lidl“ 2024, blättert 621 Beschwerden... über Zustände bei Zulieferern: Lohnklau, Kinderarbeit, Gesundheitsgefahren...

Link: [Lidl](#)

Also wir schleppen ja rund 10 Tonnen Bananen am Tag.

Quelle: Laut Aussage von ASTAC-Gewerkschafter [Jorge Acosta](#) (Interview)

Keine Angst... Das sind nur Pestizide. Die Flieger sprühen gern auch wenn wir auf dem Feld sind.

Link: [ZDF](#), [Oxfam](#)

Für Schutzkleidung reicht das Geld nicht, sagt die Firma. Die Margen sind einfach zu knapp.

Link: [Oxfam](#), [Tagesspiegel](#)

Weil die Firmen Unsummen für diese Lieferkettenlyrik ausgeben müssen... da sitzen im Schnitt zwei Mitarbeiter dran.

Link: [Bundesverband der Deutschen Industrie](#)

Die großen Konzerne in Europa zahlen einen hohen Preis für ihre Menschenrechte. Bis zu einer halben Million jährlich! Ich möchte nicht wissen, wie sich das auf ihre Dividende auswirkt. (...) winzig: das sind nur 0,13% (...) Nach Abzug der Menschenrechte bleiben lediglich 99,87 Prozent für die Aktionäre.

Link: [Center for Research on Multinational Corporations](#), [EU Kommission](#)

Wir sind vielleicht zu sehr mit unseren Problemchen beschäftigt: Lohnklau zum Beispiel; Frauen wird oft nur ein Bruchteil der Arbeit bezahlt; Tagelöhner kriegen meist nur die Hälfte des Mindestlohns. Und der reicht schon nicht zum Leben, geschweige denn für einen Besuch im Restaurant.

Link: [Oxfam](#), [Tagesspiegel](#), [Business Human Rights](#)

Bei einem Kilopreis von 1 Euro 50 sind das 10 Cent. Ein Lohn, der mir zum Leben reichen würde, würde das Kilo vielleicht gerade mal 4 Cent teurer machen.

Quelle: Interview Jorge Acosta (ASTAC)

Vielen schmerzt hier schon Anfang 30 der ganze Körper Das Pestizid greift die Augen an und hat viele unfruchtbar gemacht.

Link: [Oxfam](#)

Sofort nach dem Inkrafttreten 2023 haben Lidl und Aldi mit den Gewerkschaftskollegen in Costa Rica Verbesserungen ausgehandelt. Die Löhne der Frauen wurden um 120 % erhöht, sie werden nicht mehr diskriminiert und es gibt mehr Schutz vor dem Einsatz von giftigen Pestiziden und Luftbesprühungen.

Link: [European Center for Constitutional and Human Right](#), [Oxfam](#)

Ausgerechnet die teuren Supermarkt Rewe und Edeka. weigern sich mit den Gewerkschaften zusammenzuarbeiten. Aber dank des Lieferkettengesetzes können

Gewerkschaften zusammen mit einer NGO jetzt Beschwerde gegen die beiden einreichen beim Bundesamt für Ausfuhrkontrolle. (...) Wie heißt die? (...) Oxfam.

Link: [Oxfam](#), [Frankfurter Rundschau](#),

Rewe beruft sich auf die Zertifizierungen der umstrittenen Siegelorganisation [Rainforest Alliance](#), Edeka auf die Zusammenarbeit mit dem [WWF](#)

Erwiderung von Oxfam auf Stellungnahme von Rewe

Link: [Business Human Rights](#)

Erwiderung von Oxfam auf Stellungnahme von Edeka

Link: [Business Human Rights](#)

„Merz Rede“

Herr Merz, die Obergrenze bei kleinen Anfragen liegt aktuell bei 551 Fragen.

Die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU “Politische Neutralität staatlich geförderter Organisationen” listet insgesamt 551 Fragen auf.

Link: [Bundestag](#)

“Und der Name trägt, eine Kleine Anfrage kann aus hundert Einzelfragen bestehen, es gibt grundsätzlich keine Höchstzahl an Fragen.”

Link: [Mitmischen/Portal vom Deutschen Bundestag](#)

Gewerkschaften haben sich mit mächtigen NichtRegierungsOrganisationen wie Oxfam zusammengeschlossen und verfolgen nur ein ideologisches Ziel: Menschenwürdige Löhne irgendwo im Ausland.

Link: [OXFAM](#)

DIE ANSTALT

Natürlich wird es weiterhin Millionen Euro staatliche Unterstützung geben für Organisationen, die sich für unsere Seite in die Tagespolitik einmischen. Aber nur für solche, die, wie der deutsche Bauernverband (...)

Link: [Lobbyregister Bundestag](#)

Link: [Lobbypedia](#)

Link: [NABU Naturschutzbund Deutschland e.V.](#)

Deswegen werden wir auch das Verbandsklagerecht einschränken, damit diese Frischluftterroristen der Umweltverbände nicht immer wieder versuchen, eine sauberere Umwelt einzuklagen (...)

Link: [taz, Die Tageszeitung](#)

Die wirkmächtigste Gruppierung nennt sich Omas gegen rechts (...) Die Omas gegen rechts erhalten gar kein Steuergeld. (...) Die finanzieren sich ausschließlich aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden.

“Der Verein OMAS GEGEN RECHTS DEUTSCHLAND e.V. finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden. Wir sind nicht als gemeinnützig anerkannt. Die Mitglieder engagieren sich ehrenamtlich und auch der Vorstand erhält keine Vergütung für seine Tätigkeit. Wir erhalten keine institutionelle Förderung aus Steuermitteln oder von Stiftungen.”

Link: [OMAS GEGEN RECHTS](#)

Als Rechtsanwalt bei Mayer & Brown habe ich 16 Jahre lang Großkonzerne beraten und saß in mindestens 15 Aufsichts- und Verwaltungsräten.

Link: [Bundestag](#)

Link: [Lobbycontrol](#)

Link: [Correctiv](#)

Link: [Der Spiegel](#)

Link: [Frankfurter Rundschau](#)

Ich bin schon so lange in den Netzwerken zwischen Staat und Wirtschaft verstrickt, dass ich den Ausgang nicht mal finden könnte, wenn ich ihn suchen würde.

Es gab im INSM-Förderverein neun Gründungsmitglieder, u.a. “Friedrich Merz: CDU-Abgeordneter und Partner bei der Kanzlei Mayer, Brown, Rowe & Maw LLP; letztes Jahr

DIE ANSTALT

von der INSM und Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung als "Reformer" des Jahres nominiert – und von den LeserInnen und der INSM-dominierten Jury gewählt"

Link: [Lobbycontrol](#)

Link: [Lobbycontrol](#)

Link: [Lobbypedia](#)

"Merz war Ende 2021 Vizepräsident des unternehmerischen Lobbyverbands Wirtschaftsrat der CDU und Gastmitglied im Präsidium der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT). Die MIT begrüßte 2022 die Wahl von Merz zum CDU-Vorsitzenden und erklärte, dieser sei der erste Vorsitzende, der MIT-Mitglied sei."

Link: [Lobbypedia](#)

Link: [Bundestag](#)

Link: [Wirtschaftsrat](#)

Natürlich finden sich Forderungen der Metallbranche, der chemischen Industrie und der Finanzbranche im Wahlprogramm der Union.

Link: [CORRECTIV](#)

Ich halte das für nichts weniger als ein Gebot der Fairness, schließlich waren diese Branchen mit über 5 Millionen auch die größten Spender der Union im Wahlkampf.

Link: [Bundestag](#)

Wir haben erfolgreich gegen Verbote gesundheitsschädlicher Chemikalien geklagt. Blackrock, die Klitsche, in der ich jahrelang war, ist der größte Investor bei BASF.

Link: [Süddeutsche Zeitung](#)

Link: [Frankfurter Rundschau](#)

Link: [BASF](#)

Und zurzeit versucht die CDU auf europäischer Ebene die EU-Regelung REACH, die den Gebrauch von Chemikalien zum Schutz der Menschen regeln soll, auf später zu verschieben.

Link: [MIT Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#)

Link: [Pestizidatlas https://www.boell-nrw.de/sites/default/files/importedFiles/2024/09/24/Boell-Pestizidatlas-2022.pdf](https://www.boell-nrw.de/sites/default/files/importedFiles/2024/09/24/Boell-Pestizidatlas-2022.pdf)

Link: [CORRECTIV](#)

Link: [Der Spiegel](#)

Sie können das gerne in einer Recherche von correctiv nachlesen, mit der diese investigativen Krawallmacher geradezu darum gebettelt haben, sie auf die Liste mit den 551 Fragen zu setzen.

Link: [CORRECTIV](#)

Link: [Bundestag](#)

Von der Qualität ihrer Produkte konnte ich mich jüngst mit eigenen Augen auf einer Bananenplantage in Ecuador überzeugen, wo BASF Pestizide einsetzt, damit die deutsche Bevölkerung weiterhin an... köstlichen Bananen...herum...nuckeln kann.

“Die großen Bananenkonzerne setzen in durchschnittlich 40 Sprühzyklen pro Jahr Pestizide ein. 80 % davon entfällt auf das Fungizid „Mancozeb“, das den Arbeiter*innen auf den Feldern schwere Gesundheitsschäden zufügt. Es wird mit 2 Litern pro Hektar auf einer durchschnittlichen Fläche von 200.000 Hektar ausgebracht. Das heißt, dass die Flugzeuge der großen Bananenfirmen mehr als 12 Millionen Liter Mancozeb in die Umwelt ausgebracht haben. Der Einsatz von Mancozeb erfolgt dabei immer gemischt mit anderen Pestiziden, Wasser und Mineralöl. Von dieser Mischung wurden mehr als 145 Millionen Liter ausgebracht.”

Link: [OXFAM](#)

Ecuador Pestizide: 4156 Registerungen von 168 Companies

“Major companies hold a modest share of Ecuador's total pesticide product registrations. Syngenta, the highest-ranked at eighth, claims 3.22% of the total. Bayer follows at tenth with 2.89%, BASF at thirteenth with 2.72%, and Corteva at fifteenth with 1.61%, totaling 10.44% of all registrations.

Link: [Agropages](#)

Link: [BASF Ecuador](#) [BASF Australien](#) [BASF Philippinen](#)

Beispiel Peru: “Die Unternehmen Bayer, Syngenta Group, BASF und Agrolac vermarkten in unserem Land eine Reihe von Agrochemikalien, die in der Europäischen Union wegen ihrer potenziellen Schäden für die menschliche Gesundheit und die Umwelt verboten sind:”

DIE ANSTALT

Link: [Saludconlupa.com](https://saludconlupa.com)

Link: [Revista Cultivar](#)

Link (Download): [FIAN Brasilien](#)

Link zur Studie: [Agupubs.com](https://agupubs.com)

Link (Download): [Bund.net](#)

Link zur Studie: mdpi.com

Die Bananenarbeiter von Ecuador sind dankbar gegenüber der deutschen Regierung, weil das deutsche Lieferkettengesetz ihre Lebensqualität verbessert hat. Aber wir sind besorgt, dass das deutsche Lieferkettengesetz und die europäische Lieferkettenrichtlinie abgeschwächt und schlimmstenfalls abgeschafft werden könnten. Frau von der Leyen, Herr Friedrich Merz: Retten Sie diese Gesetze! Es wäre katastrophal, wenn diese Gesetze abgeschwächt oder abgeschafft würden. Und wäre ein verheerendes Signal: Menschenrechte sind den Deutschen endgültig egal.

O-Ton von Jorge Acosta von der ecuadorianischen Gewerkschaft ASTAC

“Großer Erfolg für die ecuadorianische Gewerkschaft ASTAC und insgesamt für Beschwerden nach dem deutschen Lieferkettengesetz: Das zuständige Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) erkennt ASTAC endlich als vollwertige Verfahrensbeteiligte an und gewährt der Gewerkschaft Einsicht in die Verfahrensakten.”

Link: [European Center for Constitutional and Human Rights](#)

Link: [Business & Human Rights Resource Centre](#)

DIE ANSTALT

Impressum

**Zweites Deutsches Fernsehen
Anstalt des öffentlichen Rechts**

ZDF-Straße 1
55127 Mainz

Postanschrift:
Zweites Deutsches Fernsehen
55100 Mainz
Tel.: 06131/70-0
Fax: 06131/70-12157
E-Mail: info@zdf.de

Vertretungsberechtigter im Sinne des § 55 Abs. 1 Staatsvertrag für Rundfunk und
Telemedien, § 5 Abs. 1 Telemediengesetz:

Intendant
Dr. Norbert Himmler